

Wolfgang Thierse

Rede zum Festakt 20 Jahre Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds

(Prag, Annen-Kirche, 1. Juni 2018)

Wir begehen heute den 20. Geburtstag des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds. Ist das ein Grund zu feiern? Ich bin überzeugt: Ja, das ist wirklich ein Grund zu feiern! Denn in den vergangenen 20 Jahren hat der Zukunftsfonds gemeinsam mit vielen Menschen und Institutionen beiderseits der deutsch-tschechischen Grenze dazu beigetragen, gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und Freundschaften aufzubauen. Das ist ein feiernswertes Verdienst, eine aner kennenswerte Leistung, die alles andere als selbstverständlich war – vor dem Hintergrund der Geschichte unserer beiden Länder im 20. Jahrhundert.

Ich erinnere an das schändliche Münchener Abkommen von 1938, an den 15. März 1939, den Einmarsch von Hitlers Wehrmacht und die Zerschlagung des Tschechoslowakischen Staates. Ich erinnere an das furchtbare Besatzungsregime und die tschechischen Opfer des Naziterrors, ich erinnere an Lidice und Theresienstadt. Wir Deutschen dürfen nichts davon vergessen und wir verstehen, dass Tschechen das nicht vergessen. Ich erinnere aber auch an Übergriffe auf Deutsche nach Ende des Krieges, an die Benes-Dekrete und an die Vertreibung von Deutschen.

Unsere beiden Völker verbindet im 20. Jahrhundert eine bittere Leidensgeschichte, bei der Schuld und Lasten gewiss ungleich verteilt sind – und ebenso gewiss nicht gegeneinander aufzurechnen sind. Vor allem auch sollte sie nicht die lange Nachbarschaftsgeschichte in den Jahrhunderten davor vergessen lassen und ebenso wenig die vielen Anstrengungen in den letzten Jahrzehnten, wieder eine gute Nachbarschaft und, ja, auch Freundschaft entstehen zu lassen. Ich persönlich werde jedenfalls nicht den tiefen Eindruck und die Bewunderung vergessen, die die mutigen Menschen und die politischen Äußerungen von Charta 77 bei mir hervorgerufen haben. Und Vaclav Havel: Er war ein wirklich überzeugender Pionier der tschechisch-deutschen Versöhnung! Das bleibt eines seiner großen Verdienste.

Mit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union im Jahr 2004 wurde dann eine neue Etappe unserer Beziehungen möglich. Dem gingen der Deutsch-Tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag von 1992 und die Deutsch-Tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 voraus. In dieser Erklärung wird in der Ziffer 1 formuliert: „Beide Seiten sind sich ihrer Verpflichtung und Verantwortung bewusst, die deutsch-tschechischen Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Partnerschaft weiter zu entwickeln und damit zur Gestaltung des zusammenwachsenden Europa beizutragen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische Republik teilen heute gemeinsame demokratische Werte, achten die Menschenrechte, die Grundfreiheiten und die Normen des Völkerrechts und sind den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und einer Politik des Friedens verpflichtet. Auf dieser Grundlage sind sie entschlossen, auf allen für die beiderseitigen Beziehungen wichtigen Gebieten freundschaftlich und eng zusammenzuarbeiten.“

Diese Erklärung war die Grundlage für die Bildung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds vor 20 Jahren. Er sollte das feierlich erklärte konkrete Wirklichkeit werden lassen, also Begegnung, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen fördern. Und der Fonds hat dies in den beiden Jahrzehnten seither auf vielfältige Weise getan. Er ist wahrlich zu einem Brückenbauer zwischen Deutschen und Tschechen geworden.

Darf ich aufzählen, was der Zukunftsfonds alles fördert und bewirkt? Ich tue es (um Sie nicht zu langweilen) ein wenig summarisch:

Schüler und Studenten beider Länder besuchen sich, lernen sich kennen und knüpfen Freundschaften. Künstler bekommen die Gelegenheit, ihr Talent auch jenseits der Grenze vorzustellen, Wissenschaftler und Fachkräfte können von den Erkenntnissen und Erfahrungen ihrer Nachbarn profitieren. Der Zukunftsfonds fördert die Herausgabe von Büchern, pflegt das kulturhistorische Erbe, heilt Wunden der Vergangenheit und trägt zur Renovierung von Baudenkmalern bei.

Mit einer Gesamtsumme von 57 Millionen hat der Fonds in 20 Jahren mehr als 10.000 Projekte gefördert: Davon mit mehr als einem Drittel Projekte den Bereich Schule und Jugend unterstützt, mit knapp einem Drittel kulturelle Initiativen gefördert und mit dem übrigen Teil Gemeindepартnerschaften, Bürgervereine und Bürgerdialoge, wissenschaftliche Vorhaben, die Renovierung von Baudenkmalern, Publikationstätigkeiten und soziale Anliegen nationaler und anderer Minderheiten ermöglicht. Der Fonds hatte nach seiner Gründung auch einen maßgeblichen Anteil an der Entschädigung tschechischer NS-Opfer.

Genau dies, die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus war die erste und notwendige Aufgabe des Fonds. Die materielle Anerkennung und Hilfe hat viele tausend Opfer erreicht. Inzwischen liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten des Fonds richtigerweise im kulturellen Bereich, in der langfristigen Arbeit mit Schulen und Jugendlichen, in der Organisation und Finanzierung des Deutsch-Tschechischen-Gesprächsforums.

Und genau dies erscheint mir als das Wichtige und Hoffnung machende: Dem Fonds ist es gelungen, die deutsch-tschechische Zusammenarbeit von der (doch eher abstrakten) Ebene politischer Erklärungen und Expertenverhandlungen in die Alltagsrealität zu überführen, die Zivilgesellschaft zu Akteuren der deutsch-tschechischen Beziehungen zu machen und vor allem auch junge Menschen einzubeziehen. Besonders gut ist es deshalb, dass der Fonds die Reflexion und Diskussion der Zukunft der deutsch-tschechischen Beziehungen zum „Thema des Jahres“ ausgerufen hat. Der 20. Jahrestag soll also nicht so sehr dem Blick in die Vergangenheit gewidmet sein, sondern der Frage, wie wir – Deutsche und Tschechen – unsere Zukunft gestalten, wie wir Zukunft in und für Europa gewinnen.

Denn: Selbstverständlich ist an dieser Zukunft – fast – nichts. Die europäische Gegenwart ist jedenfalls geprägt von Unsicherheiten, von Zerrissenheiten, von Zukunftsängsten, von grassierender schlechter Stimmung.

Wie sehr sich die Stimmung (und die Lage) verändert, ja verfinstert hat, verdeutlicht eine Erinnerung. Ein Vierteljahrhundert ist das alles erst her: die friedliche Revolution, die Überwindung des Ost-West-System-Konflikts, die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung Europas. Welche Euphorie damals, welche Hoffnung auf ein goldenes Zeitalter des Friedens! Das Ende der Geschichte, der endgültige Sieg der Demokratie wurde von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündet. Welch Kontrast zur Gegenwart! Was ist da inzwischen passiert? Ich vergegenwärtige holzschnittartig nur einige Fakten und Entwicklungen.

Wir haben in Deutschland und Europa in den vergangenen beiden Jahren erlebt, wie sich durch die Flüchtlingsbewegung die politische Tagesordnung und die gesellschaftliche Stimmung verändert haben. Es ist noch nicht wirklich absehbar, welche langfristigen Wirkungen die nun nicht mehr leugbare Tatsache haben wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist und eine Einwanderungsgesellschaft werden muss. Vermutlich werden diese Veränderungen

folgenreicher sein als die Wirkungen der deutschen Wiedervereinigung. Es ist jedenfalls in unserem Land das tagespolitisch bei weitem umstrittenste Thema. Und es ist auf schmerzliche Weise ein Thema, das Europa spaltet und damit gefährdet. Aber ohne europäische Solidarität hat das gemeinsame Europa keine Zukunft!

Diese Flüchtlingsbewegung ist dabei Teil eines umfassenderen Prozesses, den wir mit dem Schlagwort „Globalisierung“ bezeichnen. Gemeint sind damit Verschärfung der Konkurrenz, Entgrenzung der Welt und Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung, der internationalen Arbeitsteilung, des wissenschaftlich und technischen Fortschritts, insgesamt eine rasante Dramatik vielfältiger Veränderungen.

Mit und seit der Finanzmarktkrise erleben wir die Rückseite der Globalisierung, vor allem eine Verschärfung sozialer Gegensätze, der Reichtums-Armuts-Unterschiede, eben auch in Deutschland. Selbst das Weltwirtschaftsforum Davos, linker Gesinnung gewiss nicht verdächtig, beklagt die wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als eine der großen Gefahren für die Welt.

Viele Menschen erleben die Globalisierung als Gefährdung, ja als Verlust des Primats demokratischer Politik gegenüber den Märkten, gegenüber finanzökonomischer Macht. Sie nehmen Politik wahr als atemloses Hinterherhetzen hinter finanzökonomischen Prozessen und Entscheidungen. Sie nehmen eine zunehmende Diskrepanz wahr zwischen dem Tempo und der Reichweite finanzökonomischer und technisch-wirtschaftlicher Prozesse und Entscheidungen einerseits und andererseits der Langsamkeit und (häufig) nationalen Begrenztheit politisch-demokratischer Prozesse und Entscheidungen. Eine Wahrnehmung, die bei nicht wenigen Menschen Ungeduld und Unzufriedenheit erzeugt.

Ein Gefühl des Kontrollverlustes über das eigene Schicksal, die eigene Zukunft, breitet sich dramatisch aus. Abstiegsängste und Zukunftsunsicherheit nehmen gerade auch in den sozialen Mittelschichten zu. Zu den Verunsicherungsfaktoren zählen gewiss auch die unbewältigten ökologischen Probleme und auch der rasante und zugleich beunruhigende Fortschritt der Gentechnologie.

Diese Gefühlslage wird verstärkt durch den sich beschleunigenden Prozess der Digitalisierung vor allem (aber nicht nur) der Arbeitswelt. Die weitere Entwicklung der Digitalisierung und ihre Konsequenzen sind noch nicht voll überschaubar, deren

politische, rechtliche und soziale Gestaltung hinkt – erklärlicherweise – hinterher. Die Zukunft der Arbeit, also der Arbeitsbiografien ist fragil, ist unsicher.

Der islamistische Terrorismus, alte und neue, ungelöste und unlösbar erscheinende kriegerische Konflikte, die Schwäche der internationalen Organisationen (vor allem der UNO), die Krise der EU (der Brexit als Menetekel), runden das beunruhigende Bild ab. Das alles vermittelt den irritierenden Eindruck einer Weltunordnung. „Die Welt ist aus den Fugen“ hat der deutsche Bundespräsident Frank Walter Steinmeier treffend bemerkt.

Wir erleben – als fatale Folge all dessen - die Wiederkehr alter Geister – des Nationalismus, des Rassismus, der autoritären Politik. Was für eine Welt, die von Putin, Xi Jin Ping, Erdogan, beherrscht wird und nun von Donald Trump, der demokratische Wahlen gewonnen hat mit Chauvinismus, Rassismus und Sexismus – und der nun unberechenbare Außenpolitik betreibt.

Vor einiger Zeit konnte man wieder einmal den Angst-Index der Deutschen studieren – von Ängsten vor Terrorismus (Platz 1) bis Angst vor Überforderung der Politiker (Platz 8 - immerhin 55 Prozent der Befragten haben diese Angst!). Optimismus oder wenigstens Gelassenheit fallen gegenwärtig offensichtlich schwer. Ist das in Tschechien ganz anders? (Ich vermute nicht.)

Im Gegenteil. Ein vertrauter, gefährlicher, angstgetriebener Mechanismus wird wieder sichtbar und wirksam: Je komplexer und bedrohlicher die Problemfülle erscheint, umso stärker das Bedürfnis nach den einfachen Antworten, umso stärker die Sehnsucht nach den schnellen Lösungen, ja nach Erlösung, nach der starken Autorität. (Wir kennen das aus unserer deutschen Geschichte.) Das ist die Stunde der Populisten, der großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser und Verfeinder. Wir erleben sie in unserer Nachbarschaft: in Holland und Frankreich, in Ungarn und Polen, in Österreich und Italien, in den USA eben auch und ebenso in Deutschland mit der AfD.

Schauen wir ringsum: Die liberale, offene, pluralistische, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Demokratie ist nicht die Regel, sie ist eher die Ausnahme. Sie ist ein zerbrechliches politisches System, sie erweist sich als gefährdet, selbst in Europa. Der Blick nach Polen, nach Ungarn, nach Russland, in die Türkei erinnert an eine

beunruhigende historische Erfahrung: „Zur Abschaffung von Demokratie eignet sich nichts besser als Demokratie“, so ist treffend bemerkt worden.

Dass die Demokratie eben nicht mehr selbstverständlich, sondern gefährdet ist, das fordert zu ihrer aktiven Verteidigung heraus. Gerade auch in dem, was Krise der Parteiendemokratie, Vertrauenskrise der Volksparteien genannt wird. Gerade auch gegen das, was viele zu Recht als Vergröberung der kommunikativen Sitten erleben: Die Lügen halten Hof als „alternative Fakten“, die sozialen Medien werden immer mehr zu Echoräumen der eigenen Vorurteile, der Entladung von Hass und der Steigerung von Aggressivität.

Lassen Sie mich einen Punkt noch etwas ausführlicher behandeln. Wir bemerken gegenwärtig, dass die Gesellschaft sich durch Migration verändert. Sich auf diese Veränderung einzulassen, ist offensichtlich eine anstrengende Herausforderung. Sie erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst, vor allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Die Pegida-Demonstrationen in Dresden sind dafür ein schlimmes Symptom, die Wahlerfolge der AfD ein anderes.

Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen: das alles wird in der Wahrnehmung vieler Menschen unsicher, scheint gar verloren zu gehen. Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden die uns nahe gerückt sind, durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die Folge sind (wie ich das nenne) „Entheimatungsängste“, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressiven Protest ausdrücken und eben auch in Rassismus und Gewalt. Genau das ist unsere demokratische Herausforderung und die ist eine politische wie moralische Herausforderung: Dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker und selbstbewusster geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen. Die Wahlergebnisse der letzten beiden Jahre sind Beunruhigung und Herausforderung genug. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern ebenso für unsere europäischen Nachbarn, auch für Polen und Ungarn und eben auch für Tschechien. Denn das ist ja ebenfalls zu beobachten: Selbst in Ländern, in denen der Ausländeranteil gering ist, die Grenzen vor Flüchtlingen geschlossen sind, selbst da grassieren Überfremdungsängste, Ausländerfeindlichkeit, egoistischer Nationalismus und die Sehnsucht nach der starken Führung, die vor den bedrängenden Problemen schützt und von ihnen erlöst.

Was ist die den Bürgern mögliche Antwort auf die autoritäre Gefährdung, die populistische Herausforderung unserer liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie?

Es gilt, sich einige Selbstverständlichkeiten wieder bewusst zu machen. Zunächst und vor allem: Die Verteidigung dieser Demokratie ist Sache der Bürger und nicht nur „derer da oben“, der Parteien, des Staates. Das mindeste ist (und eigentlich trivial): Wählen gehen und zwar demokratische Parteien! Für jemanden, der Jahrzehnte auf die Möglichkeit, frei zu wählen, hat warten müssen, ist das allerdings immer noch nicht trivial. Gerade in Ostdeutschland aber ist die Wahlbeteiligung niedrig und sind die Ergebnisse für das rechtspopulistische Angebot besonders hoch. Eine gefährliche Entwicklung. Auch anderswo sieht es nicht gut aus: An der Brexit-Entscheidung haben vor allem junge Wähler nicht teilgenommen, bei der französischen Präsidentschaftswahl lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Und die Wahlbeteiligung bei den Wahlen in Tschechien im vorigen Jahr war mit 60 Prozent auch kein Rekord.

Wir müssen wieder begreifen, wie wenig selbstverständlich und felsenfest gesichert die Demokratie ist, wie der Blick in die Welt zeigt. Sie ist ein politisches System, das in ständiger Anstrengung immer wieder neu gelernt, immer wieder neu angeeignet werden muss. Die Demokratie garantiert nicht per se ökonomischen Erfolg, Wohlstand und Gerechtigkeit. Aber sie ist als rechtsstaatliche Demokratie die politische Lebensform der Freiheit – die das Streben nach Wohlstand und Gerechtigkeit, möglichst für alle, ermöglicht. Das ist pathetisch gesagt. Nüchtern beschrieben ist Demokratie ein Regelwerk und ein Institutionengefüge – zum Erwerb, zur Begrenzung und zur Kontrolle von politischer Gestaltungsmacht, zur Übertragung von Verantwortung für die Regelung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten, zur Vertretung von je eigenen Meinungen und Interessen. Demokratische Vertretungsmacht und Gestaltungsverantwortung werden in ihr legitimiert durch geregelte Verfahren. Demokratie ist deshalb eben nicht einfach Volksherrschaft oder Herrschaft der Mehrheit, wie ein weit verbreitetes Missverständnis meint. Zur liberalen rechtsstaatlichen Demokratie gehören unabdingbar Gewaltenteilung, das System der checks and balances, die Unabhängigkeit der Justiz, der freien Presse, der Schutz der Opposition, die Grundrechte der Individuen. Ohne sie, ohne all dies wird Demokratie autoritär und illiberal, wie man in Polen und Ungarn und in der Türkei und anderswo beobachten kann.

Das Regelwerk und Institutionengefüge blieben leer und abstrakt, wenn sie nicht in Anspruch genommen würden, wenn sich in ihnen nicht die Bürger als Demokraten

engagierten! Dieses Engagement verlangt einige elementare Eigenschaften bzw. Tugenden (und erzeugt diese auch): Orientierung auf das Gemeinwohl, also die Fähigkeit, die eigenen Gruppeninteressen zu übersteigen, verlangt Kompromissbereitschaft und Konsensfähigkeit, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, also sein Gesicht zu zeigen. In der Anonymität zu bleiben, in der Haltung des Schimpfens und Jammerns sich einzurichten, die Opferrolle zu pflegen – das sind Untugenden einer Zuschauerdemokratie. Die wirkliche Demokratie ist eben doch keine politische Talkshow, so sehr diese gelegentlich die Suggestion des demokratischen Dabeiseins zu erzeugen vermögen.

Demokratie verträgt sich nicht mit autoritären Einstellungen und Erwartungen – an die prompte, schmerzlose Lösung der bedrückenden Probleme, gar an Erlösung von der Problemlast. Solche Erwartungen absichtsvoll zu erwecken ist demokratiegefährdend, erzeugen sie doch – da sie regelmäßig in einer Demokratie nicht befriedigt werden können – die Verachtung, die Wut, ja den Hass auf demokratische Politik und Politiker, wie wir sie in den sozialen Medien oder auf Demonstrationen hören können, in Deutschland und in vielen europäischen Ländern. Wir erleben eine Missstimmung und Verbitterung gegenüber der Demokratie in Teilen der Gesellschaft die nicht recht passt zur Erfolgsgeschichte der europäischen Demokratie.

Die Flüchtlings-Herausforderung der vergangenen beiden Jahre hat eben auch gezeigt bzw. deutlicher zum Vorschein gebracht, dass in Sachen zivilgesellschaftlichen Engagements und Engagements für die Demokratie unsere Gesellschaft durchaus gespalten ist: Auf der einen Seite Menschen, die auf diese Herausforderung mit Verunsicherung, Abwehr, Ängsten und eben auch mit Vorurteilen, Hass, Gewalt reagieren – auf der anderen Seite viele Menschen, die durch ihren Einsatz, durch unmittelbare Hilfe die Defizite des Staates und der Verwaltungen zunächst ausgeglichen und das Ganze nicht zu einer organisatorisch-humanitären Katastrophe haben werden lassen. Aus dieser positiven Erfahrung könnte und sollte die Bürgergesellschaft Selbstbewusstsein auch gegenüber dem Staat entwickeln, meine ich.

Angstvolle Abwehr und Verunsicherung versus „Willkommenskultur“. „Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände“ (so der Titel einer Studie zur Stimmungslage in Deutschland): Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre sind also gleichermaßen Anlass zur Beunruhigung wie zur Ermutigung!



Darauf müssen wir uns einstellen; dass unsere Länder wieder einmal und wohl dauerhaft pluralistischer, also ethnisch und religiös-weltanschaulich und kulturell vielfältiger und widersprüchlicher werden. Dieser Pluralismus wird keine Idylle sein, sondern ist voller sozialem, religiös-kulturellem und eben auch politischem Konfliktpotential! Wir müssen neu lernen, damit umzugehen und zwar friedlich.

Wenn man aber Pluralität aktiv und friedlich leben will, muss man sich des Gemeinsamen, des Verbindenden vergewissern. Wir müssen uns unbequemen Fragen stellen: Wer sind wir Deutsche? Wer sind wir Tschechen? Wer sind wir Europäer? Was ist das Eigene? Was haben wir anzubieten? Wozu laden wir ein? Was sind unsere Gemeinsamkeiten? Und zwar Gemeinsamkeiten, die den Zusammenhalt einer vielfältiger, widersprüchlicher und konfliktreicher werdenden Gesellschaft ermöglichen und sichern? Wie schützen wir uns vor Parallel-gesellschaften und vor politischem oder religiösem Fanatismus? Wie begegnen wir Ängsten und Vorurteilen und Entheimungsbefürchtungen? Wie sichern wir Demokratie und Frieden in Europa, die uns so selbstverständlich erschienen, es aber nicht mehr sind?!

Das sind Themen und Fragen, die wir miteinander zu diskutieren haben – zwischen Tschechen und Deutschen, also unter Europäern. Und diese Debatte geht nicht nur Politiker an, sondern ist Sache der Zivilgesellschaft, muss Sache der Bürger sein und sie ist gerade auch Sache der Medien, Aufgabe der Journalisten. Sie vor allem haben die Pflicht und die Chance, vorurteilsfrei zu berichten, Klischees zu überwinden, Vorbehalte abzubauen und das Gespräch über Grenzen hinweg zu befördern. Es ist deshalb eine richtige und wichtige Entscheidung des Zukunftsfonds gewesen, einen jährlich zu vergebenden Deutsch-Tschechischen Journalistenpreis auszuschreiben.

Im Gespräch zu sein und zu bleiben, Debatten zu Zukunftsthemen über nationale Grenzen hinweg zu führen, das heißt Brücken zu bauen – in Zeiten, wo Brücken bauen wieder besonders dringlich ist. Gegen das Erstarken der Nationalismen, der Rechtspopulismen, der autoritären Verführungen! Das ist unsere gemeinsame europäische Verpflichtung: Versöhnung fortsetzen, Verständigung betreiben, neuen europäischen Spaltungen widerstehen – um unserer Zukunft willen! Das bleibt Verpflichtung und Aufgabe für den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds auch in den nächsten 20 Jahren!